

Halle'sche Zeitung

Intentionsgebühren für die fünfjährigste Seite oder deren Raum 18 Kfr. 15 Kfr. für Halle und Magdeburg 20 Kfr.

im vorm. G. Schwesfke'schen Verlage. (Halle'scher Courier.) Verantwortlicher Redacteur: Dr. Bertr. A. Goehring in Halle

N 137.

Halle, Sonnabend den 16. Juni

1883.

Kanal-Projecte.

Wer sich über den Standpunkt engbrüder lokaler Interessen hinwegsetzen vermag, wird in der Zustimmung des Abgeordnetenhauses zu dem von der Regierung vorgeschlagenen Project wegen Erbauung eines Kanals von Dortmund nach den Umständen ein erfreuliches Zeichen von Verstandlichkeit für die von der Regierung in Angriff genommene Kanalpolitik erblicken.

Die Regierung hat schon seit langer Zeit die Nothwendigkeit erkannt, die Erweiterung des im Ganzen und im Verhältnis zu anderen Ländern ziemlich dürftigen Kanalnetzes ihrer Fürsorge zu widmen. Sie bezieht dabei vielfach herrschenden Vorurtheilen über die Bedeutungslosigkeit von Kanälen neben dem weit vorwiegenden Schienenwege. Gleichwohl hielt sie in richtiger Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Kanäle an der Idee der Erweiterung des Kanalnetzes fest, und nach umfangreichen Vorarbeiten ist sie zu dem Entschlusse gekommen, mit dem Bau eines großen Kanals den Anfang zu machen, der sich von Dortmund über Herfordenburg, Münster nach der unteren Ems ziehen soll. Dieser Kanal soll den westfälischen Montan-Bezirk eine bezugene Wasserfracht nach der Nordsee eröffnen.

Die Commission des Abgeordnetenhauses hat bereits jedoch die Ablehnung des Entwurfs, verbunden mit der Aufforderung an die Regierung, kein Landtage einen Schuttpolitik vorzulegen, welcher den Bau eines Kanals vom Rhein (Ahrberg) über Dortmund und Münster nach der mittleren Ems, mit einem Zweigkanal nach der unteren Ems in Aussicht nimmt.

An der Debatte über diesen Vorschlag der Commission sowie über die Regierungsvorlage wurden die Interessen der betreffenden Landestheile stark in den Vordergrund gestellt. Wiewohl Niemand principieil etwas gegen die von der Regierung vorgeschlagene Strecke einzuwenden hatte, wollte man doch den Bau derselben an die vorhergehende Beendigung knüpfen, daß vor Allem zwischen der Weser und mittleren Ems eine Kanalverbindung hergestellt oder vorläufig wenigstens sichergestellt werde. Von anderer Seite wurde die Beendigung erhoben, daß gleichzeitig Nebenverbindungen auch eine directe Wasserfracht zwischen Herfordenburg und Berlin hergestellt werde.

Die Regierung überreichte erstlich zunächst auf den Bau des Kanals Dortmund-Emsbach bestehen zu müssen; weiter aber legte sie es ab, sich schon jetzt für eine bestimmte Linie, in der der Kanal fortgesetzt werde, zu entscheiden und sich zu umfangreichen, weitreichenden, finanziell gar nicht übersehbaren Projecten zu verpflichten. Zugleich forderte sie das Abgeordnetenhaus auf, vernehmend die weitere Untersuchung über die Richtung, in welcher der Weser-Ems-Kanal zu bauen sei, in die Hand der Regierung zu legen, indem sie überdies ihre Genehmigung, Dorschleusen durch einen Kanal mit Berlin zu verbinden, betonte und mittheilte, daß sie die Vorarbeiten für die Ausarbeitung dieses Projectes im Gange wären.

Beinahe wäre das Gesetz, welches zunächst nur den Kanal Dortmund-Emsbach in Aussicht nimmt, an der Kürzlichkeit und Eile der herbeiziehenden Gesetzgebung, die aus jenem Kanal keine unmittelbaren Vorteile für die anderen Provinzen heranzuziehen vermöchten und die vor allem das Interesse ihrer eigenen Provinz möglichst zu fördern und sicher zu stellen verstanden. Ein solcher Beschluß würde vielmehr verhängnisvoll für die ganze Kanalpolitik gewesen und hätte möglicherweise die Erbauung von Kanälen überhaupt wieder auf lange Zeit in eine ferne Zukunft verworfen.

Man wird den Local- oder Provinzial-Patriotismus gewiss nicht veranlassen dürfen. Aber die Westphäl. wie mit der von ihm vertretenen Anschauung behauptete, daß nämlich die Regierung nur eine bestimmte Provinz vorzuziehen, die anderen denachlässigen wolle, war gewiss unrichtig. Die Sorge der Regierung ist den Interessen des ganzen Landes in gleicher Weise zugewandt. Aber es läßt sich nicht leicht auf einmal machen, weder technisch noch finanziell. In dem gegenwärtigen Augenblicke konnte es nur darauf ankommen, mit einem allseitig als notwendig erkannten Bau den Anfang zu machen und im Uebrigen die weitere von der Erfahrung erst abhängige Entwicklung der Dinge abzuwarten.

Dieser Standpunkt hat schließlich die Billigung einer großen Mehrheit (228 gegen 111 Stimmen) gefunden; zu weiteren Projecten wurde die Regierung nicht direct verpflichtet, sondern nur durch eine Resolution aufgefordert.

Die wirtschaftliche Bedeutung des zunächst auszuführenden Kanals, für welchen 45 Millionen Mark bewilligt sind, geht weit über das nächste Ziel hinaus: er eröffnet nicht nur den westfälischen Kohlenbergwerken ein neues Absatzgebiet, wodurch die Kohlenproduction erheblich gefördert und die Lage der arbeitenden Bevölkerung gebessert werden kann, sondern er wird auch auf Land- und Forstwirtschaft fördernd einwirken und zum Wohlstand der angrenzenden Gegenden beitragen. Der Einfluß aller dieser Vorteile auf den ganzen Staat kann unter den heutigen Verhältnissen des Verkehrs nicht ausbleiben, und wenn die Gründe anderer Kanalprojecte beschränkt sind, so können sie verliert sein, daß der Verkehr in Angriff zu nehmender Kanal mit seinen wirtschaftlichen Erfolgen sich als der wirksamste Förderer auch anderer notwendiger Kanalprojecte erweisen wird.

Politischer Tagesbericht.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns heute: Nachdem der Reichstag dieser Tage von Kaiser in längerem Auszuge empfangen worden war, ist derselbe anderen Tages von dem Kronprinzen mit einem Besuche beehrt worden. Diese beiden Ereignisse haben namentlich wegen ihrer Aufeinanderfolge große Aufmerksamkeit erregt und werden nach allen Seiten hin commentirt. Natürlich ist Alles, was man darüber sagt, bloße Conjectur, welche sich an glückliche Tages-Ereignisse anknüpft und von Voreingenommenheiten zu Gunsten oder Ungunsten derselben sich leiten läßt. Wir bemerken beispielsweise, daß auf

jener Seite, auf welcher man dem Ausschusse des Herrn v. Bennigsen eine übertriebene Wichtigkeit beilegt, natürlich die gleiche Auffassung auch anderen Kreisen angetraut wird; freilich, wo man für Beurtheilung der Personen und Verhältnisse, des großen Ueberdies wegen, wahrscheinlich andere Maßstäbe ansetzen, als diejenigen, mit welchen die Tagespolitik und namentlich die Presse zu handhaben gewohnt ist, abzusehen davon, daß letztere gewohnt ist, politische Persönlichkeiten bei deren Rücktritt mit ebenso großer Sorgfalt zu bezeichnen, als sie dieselben zur Zeit ihrer Wirksamkeit ebenso gern einer schmeihsigen Kritik unterwarf.

Je nachdem hat man sich mit Genugthuung davon überzeugen können, daß der lebende Zustand des Fürsten sich sowohl gebessert hat, um ihn zu gestatten, Zimmer und Haus zu verlassen; im Uebrigen aber, wenn auch die augenblickliche Situation von feinen tiefgehenden Wollen befreit wird, giebt es gewiss eine große Anzahl von Fragen, die inneren wie der äußeren Politik, welche es dem Kaiser wie dem Kronprinzen wichtig erscheinen lassen mögen, die Auffassung des leitenden Staatsmannes, des derselben zu vernehmen. Sollen wir unersesslich aus derartigen Fragen, auch einen Beitrag zur Conjectural-Politik zu liefern, so würden wir einen Anknüpfungspunkt in dem längeren hiesigen Aufenthalt des Fürsten in Bulgarien finden. Bulgarien war das Schmerzcentrum des Berliner Congresses und hat bis jetzt noch nicht aufgehört, eine Sorge der europäischen Diplomatie zu bleiben.

Die Abkommenspolitik russischer Generale zur Verwaltung des Landes hat diesen keinen Segen gebracht. Anstatt eine vorläufige Administration zu etablieren, unter deren Schutz die natürlichen Hilfsquellen des neuen Staates zur Entwicklung gelangen konnten, experimentirte man mit politischen Institutionen von waghalsiger rarischer Natur und schuf einen Heerd der Agitation, mit welchem der auf Balkan-Halbinsel geschaffene Zustand droht wurde. Fürst Alexander hat den Muth gehabt, den radikalen Ausschweifungen entgegen zu treten und sein Muth blieb nicht ohne Wirkung. Aber der Agitation hat er bisher nicht Herr werden können. Wie man jetzt hört, hat er bei Gelegenheit seines Besuchs in Moskau Schritte gethan, um die Abberufung der russischen Generale zu erlangen. Ob er mit diesem Bemühen Erfolg haben wird — steht dahin. Hier würde man gewiss nicht lieber sehen, als daß Bulgarien gute Früchte aus dem ihm gewährten Autonomie zu ziehen wüßte und zu dem Ende auch wünschen, daß die Regierung des Fürsten an Selbstthätigkeit zunähme.

Uebrigens wird Berlin jetzt von Wägen überschwemmt, welche von den Herrschaften des Moskauer Krönungsfestes zurückkehren. Das es jedoch an interessanten Souvenirartikeln nicht fehlt, ist selbstverständlich, wenn auch das Aesthetische an sehr verschiedenen Qualitäten mißt. Unter den interessantesten Persönlichkeiten, deren Anstich oder Durchreise wir demnächst zu notiren haben werden, befindet sich auch der Herzog von Montpensier.

In dem Circular-Skript des Herrn Handelsministers an die Herren Deputirten vom 19. März d. J. wird als eine Hauptaufgabe erwähnt, daß sich der Betrieb der Feuerversicherung zum überwiegenden Theile in den Händen von Aktiengesellschaften befindet, deren unüberwältigbar hoher Geschäftsgewinn sich wesentlich als die Folge einer ungerechtfertigten Steigerung der Prämienätze und einer Anwendung ungerechtfertigter Mittel bei der Regulierung von Brandschäden darstellt. Der Anschau des Verbandes deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften hat in einer Eingabe an die Deputirten die diese Behauptung bekämpft und zahlenmäßig nachzuweisen sich bemüht, daß ebenso wenig die Annahme eines unüberwältigbar hohen Geschäftsgewinnes wie die Annahme einer ungerechtfertigten Steigerung der Prämienätze mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmen. Auf dem Gebiete der Feuerversicherung stehen 28 deutsche Aktiengesellschaften in lebhaftester Konkurrenz. Diese drückt die Prämienätze auf das äußerste Maß herab. Die Behauptung der Anwendung ungerechtfertigter Mittel bei der Regulierung von Brandschäden enthalte einen schweren Vorwurf, der von so hoher Stelle in solcher Allgemeinheit und hienovoll ausgeprochen überzogen müßte und gegen den Verband auf Entschiedenheit Verwahrung einzulegen. Die Deputirten werden daher gebeten, den Verband in Kenntniß zu setzen, wenn bei einer Gesellschaft unangemessene Schadenersatzurtheile beobachtet wären, welche auf eine andere Weise zu vermeiden seien, als auf eine vorzeitige irrtige Verurteilung der Sachlage, denn solche Schadenersatzurtheile würden mit der Vorauszahlung nicht in Einklang stehen, auf welcher der Verband beruht.

Die Frage, ob die Gerichte verpflichtet sind, auf Ersuchen der Verwaltungsbehörden in Disciplinarsachen auch da, wo eine Untersuchung oder Voruntersuchung noch nicht gegen einen bestimmten Beamten gerichtet ist, zur Feststellung des Thatbestandes Zeugnisse eintlich zu vernehmen, ist seither von einzelnen Gerichten verschiedentlich beantwortet worden. Namentlich ist jedoch diese Frage in einem Specialfalle von dem königlichen Kammergericht in bezug auf ein Einmündigen worden. Es handelte sich in dem betreffenden Falle um das auf das Amtsgericht I gerichtete Ersuchen des Berliner Polizeipräsidiums, in einer Straftatfalle einen Zeitungsbekleidungsarbeiter als Zeugen eintlich zu vernehmen. Das Amtsgericht hatte diese Vernehmung abgelehnt, das Kammergericht hat aber entschieden, daß der Beschluß des Amtsgerichts aufzugeben sei und die Vernehmung zu erfolgen habe. In der Begründung dieser Entscheidung wird ausgeführt, daß das Ersuchen einer Behörde, auch einer Verwaltungsbehörde, um Gewährung von Rechtsmitteln nach stets ein gerechtfertigtes sein werde, wenn es sich um Leistung derselben Handlung handle, deren die requirirende Behörde bedürftig ist, um in einer zu ihrem Ressort gehörigen, zu ihrer Disciplinarverfolgung gemiellen Angelegenheit das Gesetz zur Geltung zu bringen. Das an das Amtsgericht von dem Polizeipräsidium gerichtete Ersuchen habe aber keine gesetzliche Begründung in der ihm zuweisenden durch kein neues Gesetz aufgehoben oder beschränkt worden, weshalb die Gerichte und die Verwaltungsbehörden sich gegenseitig bei Erledigung

der ihnen obliegenden Geschäfte innerhalb ihres Ressorts Untersuchung leisten sollen, daß sich der Polizeipräsident bei seinem Ersuchen in Erledigung, eines ihm obliegenden Geschäftes, befunden habe, sei unbedenklich, da er nach dem Disciplinarstatute von 1852 beauftragt ist, die Einleitung der Disciplinar-Untersuchung gegen die ihm unterstellten Beamten zu verfügen. Ihnen die Befähigung zu betreiben, hierzu nöthigenfalls Zeugnisse eintlich vernehmen zu lassen, giebt ihm die Mittel entgegen, deren er bedürfte, um die ihm durch das Disciplinarstatut auferlegte Pflicht erfüllen zu können. Daß aber eine Verpflichtung, sich in einer Disciplinarsache eintlich vernehmen zu lassen, erst dann eintrete, wenn das förmliche Disciplinarverfahren eingeleitet und ein Untersuchungs-Commissar ernannt sei, bezeuge keine gesetzliche Bestimmung. Es stelle sich demnach das Ersuchen des Polizeipräsidiums als ein nach allen Seiten hin vollberechtigtes dar, und das Amtsgericht habe ihm also die schuldige Rechtschick zu leisten.

In den Kreisen der Feuerversicherungs-Gesamtheit ist neuerdings die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht Sache der Feuerversicherungsanstalten sein sollte, über deren peluimären Bedürfnisse Untersuchungskommissionen für verunglückte Feuerereignisse in Ansehung an öffentliche Anstalten zu begründen, und es sind auch bereits mehrere derartige Kommissarien schon gegründet, noch in der Bildung begriffen. Bei der am 23. bis 25. v. Mts. in Stuttgart stattgefundenen 15. Hauptversammlung der vereinigten öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten in Deutschland wurde diese Frage ebenfalls in Berathung gezogen. Hierbei theilte der Director der vereinigten landständlichen Verbände zu Hannover, Burgitz, die Stimmens dieser gehaltenen Schritte zur Bildung einer Untersuchungskommission für verunglückte Feuerereignisse in der Provinz Hannover mit und erwähnte hierbei besonders die Art der Aufbringung der Beiträge zu dieser Sache. Ebenso berichtete der Landesdirector von Anhalt aus Kiel über die in der Provinz Schleswig-Holstein getroffenen begünstigen Einrichtungen. Provinzial-Feuer-Sozialdirector Noth aus Münster gab Kenntniß von der geplanten Einrichtung einer derartigen Kasse in der Provinz Westfalen und stellte bezüglich einer zweckmäßigen Organisation derselben besonders folgende Fragen zur Discussion: a. Wem sollen Entschädigungen resp. Untersuchungen gewährt werden? b. Wer soll die Mittel herbeiziehen? c. In wessen Händen soll die Verwaltung liegen? d. In welchem Umfange sollen die Entschädigungen gewährt werden? e. Wie soll es gehalten werden, wenn noch andere Untersuchungskommissionen im Bereiche bestehen? Diese Fragen wurden schließlich von der Versammlung mit folgenden von dem Vorsitzenden, Generaldirector Kammerherrn v. Hülsen vorgeschlagenen Resolutionen beantwortet: Es empfiehlt sich 1) an den Wohlthätigen der Untersuchungskommission nicht nur die militärisch organisierten Feuerwehren, sondern auch die sonst im Feuerlöschdienste verunglückten Pionieren Theil nehmen zu lassen, 2) an der Verwaltung der Untersuchungskommission die militärisch organisierten Feuerwehren durch Mitgliedschaft im betr. Verwaltungsausschusse zu beteiligen, 3) bei Eröffnung anderer Untersuchungskommissionen sich mit den Verwaltungen derselben in ein gemeinsames Einvernehmen zu setzen, im Uebrigen aber die Untersuchungen lediglich nach den eigenen Normalbestimmungen zu besorgen. Es empfiehlt sich nicht, 4) die Untersuchungsämter bei solchen Gründen, bei welchen das Interesse der betr. öffentlichen Anstalten nicht betheiligt ist, anzuschließen, 5) eine Beitragspflicht der Feuerwehren selbst zur Untersuchungskasse einzuführen.

Die heutige „N. S.“ unterliegt — anlässlich des Rücktritts des Herrn v. Bennigsen aus dem politischen Leben — die Zukunft der national-liberalen Partei einer längeren Betrachtung. Sie bekämpft zunächst die von konservativer wie von fortschrittlicher Seite aufgestellte Behauptung, daß es mit der Partei jetzt darüber sei. Sie giebt der Ueberzeugung Ausdruck, es werde das Ausschließen des bisherigen Führers der Partei aus dem parlamentarischen Leben nur ein vorübergehendes sein und die Partei fortzuführen, in ihrem bisherigen Geiste und auf dem von Herrn v. Bennigsen eingeschlagenen Wege auch unter zeitweiligen ungünstigen Umständen nach Kräften wirksam zu sein. Sie faßt am Schlusse ihre Ansicht von der angestrebten Nothwendigkeit einer Mittel-partei in der Wiedereingabe der Worte der Parteierklärung vom 29. Mai 1881 zusammen:

Für Deutschland ist nach wie vor eine Partei nothwendig, welche die weitere Entwicklung unserer Vaterlande auf den möglichst erfaßbaren Grundlagen in entschieden freibethenden, aber zugleich maßvollen und die idealen Verhältnisse beachtenden Sinne erhebt. Eine solche Partei würde ein fortdauerndes, die Grundfragen des Staats erhellendes Kampf zwischen ertrümmerten Richtungen, an dem andere Parteien theilnehmen und nicht zur Ruhe kommen können, unsere Vaterlande nicht erpart bleiben.

Zweifelhaft ist der Vorschlag eigentümlich, auf dem von dem Führer gewiesenen Wege weiter wirken zu wollen, nachdem dessen Konstatirung worden ist, daß die Wege der Partei von denen des Führers weit entfernt waren und eben darum der Rücktritt des Letzteren von der Führerschaft zur Nothwendigkeit geworden ist.

Der Präsident der (engl.) Handelskammer von Macdolesfeld, Mr. C. Clarke, hat vor einigen Tagen eine Erklärung abgegeben, die durch ihre ausgezeichnete Sitten- und Sittlichkeit, einen Bestand hat. Dieser Brief scheint ihm von den Leitungen in Deutschland in dieser Branche einen hohen Gehalt beigetragen zu haben, wenigstens sprach er sich in einem an die Macdolesfelder Handelskammer erstatteten Bericht mit ungemessener Anerkennung über seine freiesche Beobachtungen aus, bezüglich den blühenden Stand der dortigen Geschäftswelt mit der Abnahme des Eisenwarenhandels von Macdolesfeld und gelangte zu Schlussfolgerungen, welche für das englische Geschäft in dieser Branche, mit dem deutschen verglichen, wenig günstig ausfallen.

Aus Karlsruhe wird der „Köln. St.“ vom 11. Juni berichtet: Heute ist daher auf Einladung des Oberpräsidenten aus 60 Personen bestehende Versammlung zusammengetreten, an

Schulmänner, Mitglieder der beiden Häuser des Landtags, Artze u. f., um über die Grundsätze sich zu beschließen, welche für ein auf dem letzten Landtag angelegtes Gesetz über die Organisation der Mittelschulen angenommen werden sollen. In dieser vom Volks- u. Schulparlament genannten Versammlung werden nun Artze und Familienräthe Gelegenheit haben, den Vertretern der Schule gegenüber allen den vielen Beschwerden Ausdruck zu geben, die, wenn man unserer bairischen Presse glauben will, wegen unsern Unterrichtsanstalten und deren System, insbesondere betreffs der „Ueberschuldung“ des herannahenden Schuljahres, zu erheben sind. Die Schulmänner ihrerseits werden ihren Standpunkt verteidigen und dabei vermuthlich im allgemeinen die Linie einhalten, welche eine dieser Tage erschienene Schrift des hiesigen Gymnasialdirektors Dr. Wentz unter dem Titel „Unsere Gymnasien und die öffentliche Meinung“ (Karlsruhe, Vieweg'scher Verlag) vorzeichnet. Schlichtig kommt es in der Schule wohl nicht sowohl auf persönliche Befristungen, als vielmehr auf die Ausfüllung der Besetzung an, und für die richtigen Anordnungen in einem Lehrkörper kann auch die ausgezeichnete Anordnungs-Vermählung nicht sorgen.

Aus London vom 14. Juni, wird gemeldet: Im Oberhause theilte der Staatssekretär des Auenraths, Lord Derby, mit, die Regierung habe beschlossen, die frühere Verbindung des Ostafrikanischen mit England unter der Voraussetzung zu erneuern, daß die Dufalos thafafisch und einstmals die Verbindung wünschlich, so daß eine Anwendung von Gewalt nicht notwendig sei, daß ferner die Dufalos und die Kapkolonie sich für die Uebernahme des größeren Theils der Verwaltungskosten verbindlich machen und daß endlich der Oranje-Freistaat die Demarcation an der Grenze unterhalte.

Im Unterhause wurde vom Unterrichtssekretär, Lord Fitzmaurice, angezigt, daß die Beziehungen des englisch-italienischen Handelsvertrages festgestellt seien und daß die Unterzeichnung desselben sofort erfolgen werde. Der neue Vertrag gleiche genau dem bisherigen Vertrage und sichere England im Allgemeinen die vollständige und bedingungslose Behandlung auf dem Fuße der selbstbestimmten Nationen. Was den Riffenhandel anbelange, so seien nicht den englischen Staatsangehörigen nicht die nützlichen Beziehungen wie den Eingeborenen garantiert. Den britischen Kolonien sei der Beitritt vorbehalten, der Vertrag habe bis zum 1. Januar 1880 Gültigkeit, bleibe aber, wenn er zu diesem Zeitpunkt nicht getätigt werde, bis zum Jahre 1892 in Kraft.

### Bermischte Nachrichten.

Berlin, den 14. Juni.

In Begleitung des Kaisers fuhr bei seiner heutigen Reise nach Ems bei sich unter andern Hofmarschall Ponpercher, Graf Lehndorff, Generaladjutant Dr. v. Bauer, die Hofkapellmeister Pfeiffer und Pfeiffer, Generalarzt Dr. Leuthold, Geheimreferent Hofrat, Wilms und Meißel sowie der Wirkl. Geheim Legationsrath v. Wilton.

Ueber die Vorbereitung des Garde-Fußaren-Regiments in Potsdam durch den Prinzen Wilhelm über sein feierliches Grobparadeerfahren wird noch einige interessante Details. Der Kaiser war sichtlich überaus mit welcher Würde und Schnelligkeit der Prinz ihm das Regiment vorführte, denn er rief den Kronprinzen an seine Seite und sagte so laut, daß es die Umstehenden deutlich vernahmen konnten: „Früh, ich bin ganz erfreut, was Wilhelm für eine Ruhe vor der Front bewahrt, ihn hat die Ruhe, die er sich im Frontdienst bei der Infanterie angeeignet, auch nicht bei der Kavallerie verlassen, und ich glaube bestimmt, daß er jetzt auch ein ebenso tüchtiger Artillerist werden wird.“

An der Zeiteinteilung für die diesjährigen Frühjahrs-Verpflichtungen beim Garde-Corps sind noch folgende Aenderungen eingetreten: 14. b. Verpflichtung des 1. und des 3. Garde-Ulanen-Regiments von früh 7 Uhr ab auf dem Dorfsteig der Felde bei Potsdam. — Am 15. b. Verpflichtung des Garde-Kürassiers und des 2. Garde-Ulanen-Regiments von früh 8 1/2 Uhr ab auf dem Gerickeplatze südlich der Hofenstraße bei Berlin. — Am 16. b. Verpflichtung des 1. und des 2. Garde-Dragoner-Regiments von früh 8 1/2 Uhr ab ebenfalls.

Dem Aufsichtsgesuch, das der bisherige kommandierende General des 1. Armeekorps, General der Infanterie, Freiherr von Barnevo, unterm 20. Mai er. eingereicht, hat der Kaiser durch folgende Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 5. Juni entsprochen: „Der Beschluß vom 20. Mai er. entspricht dem Ihre ganze ehrenvolle Diensthätigkeit in ausgedehnter Weise kennzeichnenden Charakter für strenge und gerechte Richterführung. Sie kann diesem Gesuche trotz des sehr lebhaften Bedauerns, mit dem Sie ich sprechen, nicht entgegen sein; denn die Zeit Ihrer Rechte und das Verhältniß stellt der angestrebten militärischen Tätigkeit Ihre Grenzen. Sie können sich diese Grenze zum größten Nutzen des Dienstes und zu Ihrer aufrichtigen Freude eine weitgestellte gewesen. Sie darf nun aber auch nicht mehr verlangen und nicht mehr erwarten, daß sie noch weiter vorgeht werden konnte, und darum entspreche ich Ihrem Gesuche, indem ich Sie hierdurch mit der gefälligen Benennung Ihrer Pension zu beehren. Ich habe Ihnen aus ganzem Herzen und warmen Herzen für Alles, was Sie in Ihrer langen Dienstzeit, im Kriege und im Frieden, für Mich und für Meine Armee, für Ihre Ehre und für Ihre Fortentwicklung gethan haben, und was ich Mir selbst ein wahrer Freude sein, wenn ich Ihnen beistehen kann. Ich habe Ihnen in ehrenvoller Erinnerung behalte und daß Sie sich Mein väterliches Wohlwollen erworben haben.“

In dem eben erschienenen ersten Hefte des 50. Bandes der „Historischen Zeitschrift“ giebt Herr v. Seydel auf die in der Presse vielfach aufgeworfene und erwiderte Frage, durch wen und wodurch das wiesbaden'sche Werk: „Preußen im Bundeszuge 1861 bis 1869. Herausgegeben von D. v. Poschinger“ veranlaßt worden sei, folgende Auskunft: „Dieses vielfach aufgeworfene und diskutirte Frage mag hier ein für allemal beantwortet werden. Herr v. Poschinger hatte für die Studien zu seinem Buche über preussische Bandwägen die Erlaubnis erhalten, im Berliner Hof Staatsarchiv die Akten des Bundesbeschlusses einzusehen. Hier fand er die Berichte des Herrn v. Bismarck, erkannte ihre große historische Bedeutung und brachte zunächst an mich, als den Archivar, die Frage, ob er jene Depeschen zur Ausarbeitung eines Buches über „Bismarck in Frankfurt“ benutzen dürfe. Ich schlug ihm darauf vor, daß besten bei der Umrandung selbst herauszugeben, und erbat, als er sich einermühen erlaubte, bei dem kaiserlichen Minister die Genehmigung dieses Planes, welche dem auch umgehend erfolgte.“

— Während man in Berlin die Namen der 80 Gläubigen vor der Deffentlichkeit hütet, denen die Jury der Hygiene-Anstellung eine silberne Medaille zuerkannt, sieht man in Wien weniger zurückhalten. Man publicirt dort nicht nur die Namen der fünf mit goldenen Medaillen, sondern auch die der sieben mit silbernen Medaillen begünstigten österreichisch-ungarischen Aussteller. Eine silberne Medaille erhielten nämlich: Optiker Weichert in Wien, E. Schwaab, Schullehrer zu Ober-Neudorf in Böden, Staatskassirer und Kommissar Dr. v. Karajan, Dr. Johann v. Bährerich und Josef Feiler, Erzeuger chirurgischer Instrumente in Wien, die Margarethen-Maschinen-Werkstätte in Wudapest und der Regierungsrath Dr. B. Spitzer in Kapstadt.

— Die prächtige Villa Raveno in Moabit haben die Kuratoren des Nachlasses für die minoränen Erben zu veräußern beschlossen. Der Kauf bedarf 12 Millionen, die Forderung ist eine Million Mark. Vorsitzender des Kuratoriums ist der Geh. Regierungsrath Schwaab. Die prächtige Festsung, welche Raveno hinterlassen hat, Burg Köpenick an der Havel, wird auf mehrere Millionen geschätzt.

— Auf der Speer an der großen Brücke der Ringbahn bietet sich jetzt Nachmittags den Passagieren der Dampfer ein eigenenthümlicher Anblick. Die Pioniere üben hier mit ihren Pontons in der Art, daß sie in einem großen Kreise um das Boot des kommandirenden Offiziers herumkreuzen, ein Wasser-Korps, der sich mit den schwarzen eisernen Pontons langsam ausnimmt.

— Eine sehr aufregende Scene spielte sich am jüngsten Montag in der Pionierstraße in Berlin ab. In einem Hause dieser Straße wohnt eine Feindin, die zur Hilfe beim Wägen ein junges Mädchen bei sich aufgenommen hat. Dieses Mädchen sagte in den letzten Tagen vielfach über ihre und Schweinerei im Kopf; war auch furchtelig wie geistesbesessen. Die Wägenin verließ am Montag ihre Wohnung, um kleine Einkäufe zu machen. Ihr ganz junges Kind lag im Bett und schlief. Kaum hatte sie ihr Zimmer verlassen, als ihre Feindin sich vom Sopha erhob, das Kind in ihrem Gedächtnis, auf den Arm nahm und damit auf die Straße lief. Sie nahm den Weg nach der Hofstraße und als ihr ein Herr mit einem Schirm in der Hand begegnete, lief sie rasch auf denselben zu und hat: „Ach bitte, geben Sie mir doch den Schirm, es wird gleich regnen, und dann wird mir mit Kind naß.“ Der Herr fragte verwundert, wo sie mit dem Kinde hinkommt. Sie antwortete ängstlich: „Ich muß es nach dem Kirchhof tragen. Der Leichentragwagen ist nicht gekommen.“ Auf die Bemerkung des Herrn, daß das Kind ja lebe, gab sie keine Antwort, sondern lief schnell zu einer Dame und stellte an diese dieselbe Bitte um den Regenschirm. So ging sie die Straße immer hinauf, jeden ihr Begegnenden, der einen Schirm in der Hand hatte, um denselben anzufragen. Schamlos sammelte sich Neute um die Trägerin des Kindes, da kam in aller Hast die Mutter und rief: „Wo wollen Sie mit dem Kinde hin?“ Mit aller Mühe gab sie der Frau diese Antwort: „Ich will es nach dem Kirchhof tragen.“ Nur mit Mühe gelang es der Mutter, dem Mädchen das Kind aus den Armen zu nehmen und damit nach Hause zu eilen. Ein Weibchen stand die Person still und sah sich mit wirren Blicken im Kreise um; plötzlich stürzte sie auf einen Jungen zu, der mit Blumen hantelte, entriß ihm zwei Bouquets und rief: „Die Brautleute, um sie auf das Grab des Kindes zu treuen.“ Jetzt erst wurde es den Umstehenden klar, daß sie es mit einer Irrengeistes zu thun hatten. Dieselbe ließ sich ohne Widerstreben in ihre Wohnung zurückführen, und ein schnell herbeigekommener Arzt konstatierte, daß das arme Frauenzimmer durch die anhaltende Hitze, verschärft durch die ausströmende Gluth des Platzes, irrsinnig geworden sei. Als man eine Droschke kommen ließ, um sie nach dem Krankenpflege zu fahren, begann sie heftig zu weinen, folgte dann aber ohne Widerstand dem Wanne, der mit ihr nach der Charité fuhr.

— Der mehrestimmigste Cigarrenmarkt D. wurde heute in Haft genommen, weil er gegen seinen früheren Prinzipal, Cigarrenfabrikant H., in der Pionierstraße, einen sogenannten Bettelstetzel geschwindel ausgeführt und dadurch dem H. um 500 Cigarren geschädigt hat. D. hatte sich bei seinem Abgange aus dem Dienstverhältnis bei dem Cigarrenfabrikanten H. Geschäftsakten, welche ihm früher von seinem Prinzipal gegeben worden waren, um Kassen herauszugeben, mitgenommen und diese nunmehr als Bettelstetzel zur Ausführung seiner Schwindeleien bei jenigen Cigarrenfabrikanten, von denen sein früherer Prinzipal Waaren bezogen hatte, benutzt. Schließlich führte er dasselbe Manöver bei seinem ehemaligen Prinzipal getrieben aus, indem er einen auf den Namen eines seines Kunden des H. lautenden Bettelstetzel in das H. jenseits Geschäftslokale schickte, worauf seinem Voten 600 Cigarren übergeben wurden.

Am Sonntag, um die Mittagsstunde hat sich in dem Hause Schönebergstraße 26 in Berlin ein furchtbares Unglück ereignet. Die Blätter berichten jetzt darüber ausführlicher: Dasselbe wohnte seit längerer Zeit, vier Treppen hoch, zwei älteste Damen, die Fräulein v. W. In Abwesenheit der einen Schwester hatte sich um die angegebene Zeit das andere, sehr hübsche Fräulein mit einer kleinen Spirituslampe, die später noch brennend auf dem Tische vorgefunden wurde, zu schaffen gemacht, war derselben dabei zu nahe gekommen und stand im Nu in Flammen. In ihrer Angst rannte die alte Dame nach dem Korridor, um durch Ueberwinden des Wegemantels die Flammen zu ersticken, wobei aber die auf dem Korridor hängenden Garzerobstoffe gleichfalls in Brand gerieten. Durch gelende Hülfsrufe und den aus den offenstehenden Fenstern dringenden Rauch aufmerksamt gemacht, eilten einige Hausbewohner nach oben, zertrümmerten die von innen verriegelte Korthür und löschten den Brand auf dem Korridor, in der Meinung, daß die Hülfsrufe diesem gegolten. Erst später fand man Fräulein v. W. glücklich verlegt, auf dem Fußboden im Zimmer liegen. Die Kleider bis auf die Strümpfe herunter und der Regenzmantel waren derselben vollständig auf dem Leibe verbrannt. Von dem Korset, welches die Verletzte getragen, war v. W. nur die sogenannte „Mechant“ übrig geblieben. Noch lebend und bei Besinnung wurde die Unglückliche auf Anordnung eines sofort herbeigekommenen Arztes nach dem Krankenpflege geschickt, wo sie infessen nach einigen Stunden von ihren unglücklichen Schmerzen durch den Tod erlöst wurde.

— Vom jüdischen Kirchhofe in Weizensee ist heute Vormittag die Leiche eines Kindes männlichen Geschlechts mittels polizeilicher Leichengräber abgeholt und nach dem Obduktionshause geschafft worden. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde die Leiche heute Mittag 2 Uhr durch die gerichtlichen Medizinal-Professoren Wolff und Liman obduziert. Im Interesse der Unternehmung erscheint es geboten, über die genaueren Details noch nichts zu veröffentlichen.

Hannover, 12. Juni. Die „Hann. Post“ meldet: Der Direktor des hiesigen Conflatoriums W. Döcker ist vorgestern Abend gestorben. Döcker war früher Conflatoriat und seit 1867 nach dem Rücktritt des Ministers a. D. Bergmann Direktor der Döcker. Auch dem Landesconflatorium gehörte Döcker als außerordentliches Mitglied an.

— Dr. Heinrich Schlieemann wird am 20. b. M. in seinem heimathlichen Dorfe Hitzacker bei Penzlin in Mecklenburg-Schwerin, wohin seine Familie ihm bereits vorangegangenen, einen längeren Erholungsurlaub begeben. Nachdem er in mehreren mecklenburgischen Zeitungen veröffentlichte „Wiederbeachtlich“, unermüdeten Strömungen während dieser Zeit den ihm abzumachen. Herr Dr. Heinrich Schlieemann Alben geht am 20. Juni in Ansehung eintritt und im dortigen Harthaus einen vierwöchentlichen Aufenthalt zu nehmen, um in stiller Isolirung die Zurückgehenszeit von angelegener Arbeit auszuräumen und Erholung zu suchen. Bekannte, Freunde und Bekannte werden dringend gebeten, auf allen und jeglichen Besuch verzichten zu wollen.“

— Man schreibt uns aus Wiesbaden: Die dem „Dtsch. Tagbl.“ entnommene Mittheilung über einen Besuch, den S. M. der Kaiser bei H. v. v. Scherrich (nicht Scherr), wie es dort beigefügt gemacht hat, enthält durchaus unrichtige Angaben. H. v. v. Scherrich ist niemals Hofpage gewesen, sondern eine Köstler des ehemaligen luxemburgischen Bundesstaatsgeheimen in Frankfurt am Main und des geschäftigen Militärkassierers Obersten von Scherrich. Es ist mehr denn zwanzig Jahre jünger als der Kaiser und war zu der Zeit als die betante Leihung des Prinzen Wilhelm von Preußen zu der Prinzessin Radziwill bestand, noch nicht einmal geboren. Wahre ist nur, daß der Kaiser eine aufrichtige Verehrung für die Dame hegt und sie auch bei seinen Besuchen in Wiesbaden jedesmal durch Aufmerksamkeiten auszeichnet.

Karlruhe, 11. Juni. Herr begibt der jüngere Sohn des großherzoglichen Paars, Prinz Ludwig, seinen 18. Geburtstag. Die Großherzogin trifft zum Geburtstags von Nipponso hier ein. Nach badischem Hausgesetz wird der Prinz an diesem Tage volljährig.

— Ein Bauerngutsbesitzer in Byhow kaufte seiner Zeit ein Voos der Stettiner Pferdeleihe. Anfangs Mai warf er dasselbe weg, er glaubte, er habe nichts darauf gewonnen. Nun bekam er aber am 29. v. M. die Nachricht, daß er auf sein Voos gewonnen habe. Schleunigst suchte er nach, fand in einem Mühlhau auf seinem Hofe freilich nicht mehr das ganze Voos, wohl aber auf seine Erde, auf welcher die Nummer stand, schickte diese ein und erhielt kein gewonnenes Pferd im Werthe von etwa 7000 M.

— Sigmaringen, 11. Juni. Heute Nachmittag trafen der Gebirg und die Erbprinzeßin von Hohenzollern nach ihrer sechsmoatlichen Aufenthalt in Meran wieder ab und dort hier ein. Die hohen Herrschaften gedenken, da sich der Gesundheitszustand Ihrer königlichen Hoheit in der ersten Hälfte des Jahres gebessert hat, die nächsten Monate hier zu verweilen.

— Bevor der Arrivierende Dr. Polub Wien verließ, erhielt er, wie dortige Zeitung berichtet, folgenden originellen Brief: „Hochgelehrter Herr Doktor! Ich bin mir ein armer Schmeißer, der ich habe großen Respekt vor mühsigen Menschen, die der Welt nützen wollen. Gatte ich Sie, so würde ich Ihre Unternehmung unterstützen, aber ich habe keines, so erlaube Sie, daß ich Ihnen wenigstens ein Maß nehme auf mehrere Paar Stiefel, die so ausfallen sollen, daß Sie sie für mich in Afrika tragen können. Die Stiefel werden nicht zu schwer sein, und werden doch nicht bald reißen, was in der Wüste sehr wichtig ist wegen der großen Gefahren, in die man ja, B. geraten kann.“ Gestatten Sie als die höchste Bitte Ihrem ehrenvoll ergebener M. Schmeißmader.“ Dr. Polub nahm dieses ebenso überaus schmeißmader, wohlwollende Ansuchen freundlich an, und Herr M., der in der That nichts beifolgt, als seine Hände und eine zahlreihe Familie, dabei aber in der Begierde für die obernünftlichen Pioniere der Wissenschaft schwärmte, war überglücklich. Als er seine Gabe überreichte, drückte er wiederholt Dr. Polub's Hand, die Stiefel aber brachten nicht Dr. Polub's Fuß. Damit war Weiden geschien.

— Man schreibt der Wiener „Presse“ aus Golling (Salzburg): Der größte Jagdherr unserer Gegend ist letztendlich der preussische Ober-Jägermeister Fürst Heinrich XI. v. Pleß. Nicht nur der Jagd, sondern das ganze Ränzen-Gezige, Steinmanie theils und die verlegten und angrenzten Niederungen sind ihres Eigentum, theils Pachtung des Fürsten. Nun hat vor einigen Tagen der verstorbenen Königin Victoria Emanuel dem Fürsten eine Anzahl piemontesischer Stiefel zum Geschenk gemacht. Die Thiere wurden aufgesetzt und, wie es scheint, haben sich die süßlichen Gasse in unserer Hochgebirge ganz gut eingegriffen. Neuerdings wird über Weckelmann berichtet, welche die Hade mit den auf der Hochweise befindlichen Hausgängen eingehen. Die Spröcklinge aus dieser Paarung haben infessen mit ihren Erzeugern im Ansehn wenig gemacht. Je alter der Haldart wird, umso mehr verliert sich die Heiligkeit mit dem Steinbock; insbesondere bleibt die Entwidlung des Gebirgs weit zurück. Verewenung besitzt einige viel Bekannte, die sich allerdings durch eine gewisse Wildartigkeit auszeichnen.“

— Zu den im gestrigen Abendblatt erwähnten Enthüllungen der Besondere über die geheime Geschichte der Zonling affaire bringt der „Gaulois“ vom 12. b. Mts. neue Aufschlüsse. Darin wird zu verstehen gegeben, daß der „Freund“ der W. Balleste Herr von Herzog, der jetzige außerordentliche französische Bevollmächtigte in H. ist. Der Gaulois erinnert zu gleich daran, daß am 6. Januar bereits die Denkschrift der W. Balleste und vier Briefe der Correspondenz zwischen dieser und Gambetta veröffentlicht habe. Demals stand Longing noch in der Vorbereitung. Der erste Brief ist vom August 1880, W. Balleste, wie sie sich unterzeichnet: „Madame Balleste de la Bizme“, titelt um eine Zusammenkunft, Gambetta ist „sehr erfreut, die erbetene Antwort zu erhalten.“ Der Gaulois theilt nun über die Zusammenkunft mit: dieselbe erfolgte am 1. September 1880 um 3 Uhr Nachmittags im Palais Bourbon. In ihrer Tagesbuch schreibt die Dame sofort nach ihrer Rückkehr in ihre Villa zu Ville d'Arroy: „Sehr liebenswürdig der Präsident. Anblick schmerz. Ein Accent, der nach Anblick richt.“ Gambetta hat sie, Platz zu nehmen, und nun entlockte sie ihren Plan in Detross Longing. Gambetta entgegen, er interessire sich sehr für die Sache und die Kammer werde sich sofort nach ihrer Wiedereröffnung damit beschäftigen. W. Balleste erwiderte, es sei ein Still Gebot, das er Frankreich zu geben die Ehre haben werde. Gambetta lächelte, hat um einzeln nach den Ausstellungen und zuletzt um einen schriftlichen Bericht. Dann nach einer Pause: „Ich habe viel von Ihnen reden hören, was Gambetta hat. Ich kenne Ihre Hotel, Ihre Villa, wie fünf Nachbarn.“ W. Balleste schickte dem Bericht ein und die An-





